5 Pfennig

6 Uhr-Abendblatt

5 Pfennig

General-Anzeiger
für Halle und die Provinz Sachsen

Verlagsgebäude: Gr. Ulrichstraße 16, Ecke Fachrißstraße 12 bis 14 bezw. Löbergasse 1. Eingang für Verlag, Redaktion und Anzeigenannahme: Gr. Ulrichstraße 16. — Fernsprech-Sammelnummer 7981
Hauptfilialen: Obere Leipzigerstraße 34 (Tel. Nr. 7981) und Burgstraße 7 in Giebichenstein (Tel. Nr. 1403). Verantwortlich für die Redaktion: Albert Herling in Halle.

Nummer 40 — Halle, Sonnabend den 10. Februar — 1917

Gesteigerte Feuertätigkeit von Ypern bis Verdun.

(W. T. B.) Großes Hauptquartier, 10. Februar.

Westlicher Kriegsschauplatz.

Bei der
Armee des Generalfeldmarschalls Herzog Albrecht von Württemberg
an der Ypern-Bixtschaete-Front,
bei der
Heeresgruppe Kronprinz Rupprecht
im Artois sowie zwischen Ancre und Somme mehrfach gesteigerte Tätigkeit der artilleristischen Kräfte.

Unter Feuerschutz stießen an vielen Stellen englische Erkundungstrupps, südlich von Gailly stärkere Abteilungen gegen unsere Stellungen vor. Sie wurden überall abgewiesen.

Heeresgruppe Kronprinz.

Auf dem Westufer der Maas setzte von mittag an heftiges französisches Feuer ein. Durch unser Wirkungsschießen ist ein sich vorbereitender Angriff gegen Höhe 304 unterdrückt worden.

Auf dem östlichen Flußufer, am Pfefferrücken, scheiterte der Vorstoß einer feindlichen Kompagnie.

Bei Banz (nördlich von St. Mihiel) drang einer unserer Stoßtrupps in die französischen Linien und vernichtete Unterstände mit ihrer Besatzung.

Oestlicher Kriegsschauplatz.

Front des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Nordwestlich von Stanislau brachte ein planmäßig durchgeführtes Unternehmen 17 Gefangene und drei Maschinengewehre ein.

An der Front des
Generaloberst Erzherzog Joseph
und bei der
Heeresgruppe des Generalfeldmarschalls v. Mackensen
ist die Lage bei anhaltendem Frostwetter unverändert.

Mazedonische Front:

Zwischen Wardar und Doiran-See zeitweilig lebhaftes Geschütz- und Minenwerferfeuer.

Der Erste Generalquartiermeister: Ludendorff.

Der U-Boot-Krieg in vollem Gange.

Stockholm, 10. Februar. Von dem schwedischen Konsulat in Rouen ist ein Bericht eingetroffen, in dem es heißt: Zu einem Hafen der Normandie trat der schwedische Dampfer „Phyllis" mit zahlreichen Belastungen versenkter Ententeschiffe ein. Kapitän Siegler berichtete, daß er während der Fahrt die Mannschaften des französischen Dampfers „Saint Philippe", des japanischen Dampfers „Nagata Maru" sowie des norwegischen Dampfers „Kaupanger" aufgenommen habe. Die Besatzung habe er auf der Fahrt von Beyth nach Malaga angetroffen und sie vor Brest einem französischen Torpedoboot gegeben. Es waren zusammen 75 Mann; die Franzosen, die in einem Boot trieben, zwei japanische Boote mit 14 Mann und zwei norwegische Boote mit 31 Mann. (Lok.-Anz.)

London, 10. Februar. An Bord eines hier eingetroffenen Dampfers befanden sich der zweite Offizier und ein Matrose der norwegischen Bark Storstog, 2191 Tonnen, die von einem deutschen U-Boot versenkt worden war.

London, 10. Februar. Nach einer Madrider Depesche ankerten in Gijon 13 Mann des norwegischen Schiffes „Solbluffen", 2610 Br.-Reg.-To., das auf der Höhe von Finisterre versenkt wurde. Es kam von Buenos Aires mit einer Getreideladung für Cherbourg. Ein Mann ist erfroren, ein anderer ertrunken. Ein Boot mit dem Kapitän und 14 Mann wird vermißt.

Der Bruch mit Amerika.

Eine außerordentliche Sitzung des amerikanischen Senats.

Basel, 10. Februar. Man meldet dem Pariser „Herald" aus Washington: Der Senat wurde zu außerordentlicher Sitzung einberufen, um dem Präsidenten für alle Möglichkeiten seine Unterstützung zuzusagen. (Lok.-Anz.)

Was plant Wilson?

z. **Kopenhagen, 10. Februar.** Die über London hier eingetroffenen Nachrichten über Pläne des Präsidenten Wilson und die Stimmung in den Vereinigten Staaten lauten recht widerspruchsvoll. Während einerseits die Erwartung ausgesprochen wird, daß infolge der Haltung der neutralen Staaten Wilson es nicht zum äußersten kommen lassen werde, wird von der Hetzpresse betont, daß gerade die Ablehnung der Neutralen, mit Wilson gemeinsam vorzugehen, den Präsidenten in der Ueberzeugung bestärkt habe, daß ein Krieg mit Deutschland auf die Dauer unvermeidlich sei. Jedenfalls geht aus allen Nachrichten hervor, daß sich die Bundesregierung in Washington auch weiterhin abwartend verhalten und daß keine Entschlüsse gefaßt worden sind.

Amerikanische Wehrpflicht-Propaganda.

z. **Kopenhagen, 10. Februar.** Englische Blätter melden aus Newyork, daß in den Vereinigten Staaten von Newyork eine lebhafte Propaganda für die Wehrpflicht eingeleitet worden sei. Der frühere Präsident Taft tritt dafür ein, daß jeder amerikanische Bürger zwischen 28 und 24 Jahren einer derartigen Dienstpflicht unterworfen werde.

Der amerikanische Rüstungskredit.

z. **Kopenhagen, 10. Februar.** Nach Meldungen Londoner Blätter aus Washington fordert das amerikanische Marinedepartement einen Rüstungskredit von einer halben Milliarde Dollar für die vorläufigen Ausgaben. Die Anforderungen des Kriegsdepartements für militärische Zwecke belaufen sich auf 2½ Milliarden Dollars. Das Kriegsdepartement hat bereits mit dem Ankauf von Kriegsmaterial begonnen.

Der „Friedenspapstei" Ford.

z. **Amsterdam, 10. Februar.** Die holländischen Blätter veröffentlichen eine Erklärung des Ford'schen Friedensbüros, worin es heißt, daß Henrik Ford vom Tage des Abbruchs der diplomatischen Beziehungen zwischen Amerika und Deutschland seinem Lande seine sämtlichen Automobilfabriken zur Herstellung von Munition zur Verfügung gestellt habe. Aus diesem Grunde beschloß Ford, die Friedenskonferenz bekannt unter dem Namen „Konferenz für Vermittlung eines dauernden Friedens" aufzulösen. Die in fünf neutralen Staaten Europas bestehenden Büros sollen geschlossen werden und die Mitglieder der Kommission vom 1. März ab frei sein. Die Arbeiten zugunsten der geplanten internationalen Organisation müssen deshalb von anderen Organisationen oder Personen wieder aufgenommen und fortgesetzt werden.

Abschied des Botschafters Gerard.

Berlin, 10. Februar. Botschafter Gerard hat heute mittag dem Reichskanzler und anderen hohen Staatsbeamten seinen Abschiedsbesuch abgestattet. Gerard empfing heute die amerikanischen Zeitungsberichterstatter und erklärte ihnen, ebenso wie er bei seiner Rückreise von Amerika keinem Berichterstatter Mitteilungen von seinem Gespräch mit dem Reichskanzler gemacht habe, so werde er sich auch jeder Mitteilung an Korrespondenten enthalten, bis er mit Präsidenten Wilson konferiert habe. (Voss. Ztg.)

Keine amerikanischen Pässe nach Europa.

Karlsruhe, 10. Februar. „Times" berichtet aus New York: Pässe für Personen, die die Vereinigten Staaten zu verlassen wünschen, um sich nach Europa zu begeben, werden nicht mehr ausgestellt. Die Regierung der Vereinigten Staaten lehnt es ab, die Gründe für diese Maßnahme unter irgend einer Erklärung anzugeben. (Lok.-Anz.)

Luftangriff auf feindliche Flugplätze.

Berlin, 10. Februar. (Amtlich.) Deutsche Marineflugzeuge griffen in der Nacht vom 8. zum 9. Februar die Flugplätze St. Pol bei Dünkirchen und Coxide erfolgreich mit 66 Bomben an. Mehrere Treffer auf den Flugplätzen wurden beobachtet. Sämtliche Flugzeuge sind unbeschädigt zurückgekehrt.

Eine amerikanische Spende für deutsche Kriegerwitwen und Waisen.

Berlin, 10. Februar. Der von Berlin scheidende Botschafter Gerard hinterläßt einen Betrag von 100 000 Mark zur Verteilung an Witwen und Waisen von Gefallenen durch Vermittlung eines zu diesem Zweck gebildeten Komitees. Die erwähnte Summe ist das Ergebnis von freiwilligen Beiträgen amerikanischer Bürger, die dem Botschafter gelegentlich seines letzten Aufenthaltes in Amerika übergeben worden sind. (Lok.-Anz.)

Südamerikanische Antworten auf die deutsche Note.

Basel, 10. Februar. Havas meldet: Die Antwort der argentinischen Regierung auf die deutsche Note besagt im wesentlichen: Die argentinische Regierung bedauert, daß die kaiserliche Regierung genötigt sei, zu solch äußersten Maßnahmen zu schreiten und erklärt, daß sie ihre Haltung den Grundsätzen und Regeln des Völkerrechts unterwerfen werde. Die Antwort Brasiliens drückt den Wunsch aus, daß Deutschland Brasilien und seine Regierung nicht zwingen möchte, die freundschaftlichen Beziehungen abzubrechen. Die Antwort Chiles lautet wie die von Brasilien. Die Antwort Uruguays bestätigt die schon früher bekannte Zustimmung zu den Handlungen der Vereinigten Staaten. (Lok.-Anz.)

Deutsche Kohlen für Dänemark.

(W. T. B.) **Kopenhagen, 9. Februar.** Der Berliner Korrespondent der Zeitung „Politiken" hatte mit dem Direktor der Preußischen Staatsbergwerke Oberbergshauptmann v. Velsen eine Unterredung, die das Blatt heute wiedergibt. Herr v. Velsen führte darnach u. a. aus, daß Dänemark eine steigende Kohlennot nicht zu befürchten brauche. In dem gleichen Verhältnis wie England während des Krieges die Kohlenlieferungen nach Dänemark eingestellt hatte, habe Deutschland die seinigen erhöht. Es würde damit in steigendem Maße fortfahren. Wenn die deutschen Lieferungen nicht stattgefunden hätten, wäre Dänemark jetzt ohne Kohlen. Die Kohlenlieferungen nach Dänemark könnten erhöht werden, da man um Eisenbahnschwierigkeiten zu vermeiden, den Seeweg benutzen könne. Auf jeden Fall habe Deutschland genügend Kohlen, um auch den Verbrauch Dänemarks zu decken. Die Kohlen, die nach Dänemark gingen, seien Steinkohlen guter Qualität.

Frankreichs Kohlennot.

(Genf, 10. Februar. Im französischen Senat interpellierte der Pariser Senator Paul Strauß über die Kohlennot. Er fragte, warum, während doch die französische Kohlenproduktion vollkommen ungenügend sei, die Zufuhren aus England seit dem Monat August 1916 so außerordentlich nachgelassen hätten. Senator Aimond forderte die Regierung auf, alles nur Mögliche zu tun, von England Kohlen heranzubekommen. Senator Aimond beschwerte sich, daß die französische Transportkrise dadurch erschwert werde, daß die englische Armee 40 000 französische Waggons benutze. Man habe von England 20 000 Waggons erbeten. Minister Herriot erinnerte in der Antwort auf die Interpellation daran, daß Frankreich nicht weniger als 43 bis 44 Millionen Tonnen Kohlen im Jahre einführen müsse und England schon mit der Kohlenversorgung Italiens belastet sei. Das Einfuhrproblem sei aber heute gelöst. Herriot verteidigte das Londoner Frachtabkommen. Er bestritt aber nicht das große Defizit der englischen Kohlenzufuhr (monatlich 400 000 Tonnen statt der versprochenen 2 Millionen Tonnen). Er habe Lloyd George persönlich um Hilfe ersucht. England habe aber sich außerstande erklärt, Frankreich besser zu versorgen, und zwar wegen der Frachtraumkrise. Die Kohlennot sei tatsächlich ernst. Der Betrieb der Kriegsindustrien sei in Frage gestellt. Der Minister schloß: Ich bin in einer außerordentlich schwierigen Lage und bin voller Sorge um England. Wir müssen dem Lande die Wahrheit sagen. Ernste Zeiten kommen, aber wir werden sie überwinden. Wir müssen Einschränkungen und Leiden auf uns nehmen. Ich appelliere an Ihre Sympathie für meine schwere Arbeit. (B. Z.)

Brotsorgen in Frankreich.

Paris, 9. Februar. (Agence Havas.) Eine Verordnung schreibt vor, daß vom 25. Februar ab das Brot aus ganz vermahlenem Weizen hergestellt werden muß und nicht unter 1000 Gramm Gewicht haben darf. Länge oder Umfang dürfen 80 Zentimeter nicht überschreiten. Die Verordnung untersagt den Verkauf von frischem Brot. Das Brot darf erst zwölf Stunden nach dem Backen verkauft werden.

Die Petersburger Konferenz.

Genf, 10. Februar. Ueber den Verlauf der Petersburger Konferenz geht aus Pariser Depeschen des „Temps" und anderen Blättern hervor, daß die russische Regierung trotz unleugbar bedeutender innerer und namentlich wirtschaftlicher Schwierigkeiten eine ausreichende Autorität in militärischen Angelegenheiten bewahre. (Lok.-Anz.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-853278-191702107/fragment/page=0001

Rußland und das Nationalitätsprinzip.

Von Professor Dr. J. Haller (Tübingen).

Das Nationalitätsprinzip ist über Nacht wieder zu unerwarteten Ehren gekommen. Man hatte geglaubt, seine Zeit sei um, wir lebten schon eine Weile im Zeitalter des Imperialismus, der sich mit ihm schlecht verträgt, weil er die Ausdehnung der Herrschaft einer Nation über ihre eigenen Grenzen hinaus bedeutet. Das Britische Weltreich z. B. ist in seinem ganzen Wesen die Negation des Nationalitätsprinzips: sein Eckstein ist die Herrschaft der Angelsachsen über Irland und die Iren, seine Krönung die Herrschaft der Briten über Inder, Aegypter, Buren. Und nun kommen die Regierungen der Entente und verkünden als ihr gemeinsames Kriegsziel die „Anerkennung des Grundsatzes der Nationalitäten“! Eine größere Dreistigkeit ist wohl in der Weltgeschichte noch nicht dagewesen. Sie erscheint vollends groß, wenn man bedenkt, daß die Behauptung zugleich im Namen Rußlands aufgestellt wird. Denn das Russische Reich ist in noch viel höherem Grade als das Britische Reich die Verneinung des Prinzips der Nationalitäten.

Wie sehr dies der Fall ist, dürfte auch heute noch nicht überall klar erkannt sein. Wohl hat man von dem flammenden Protest der russischen Fremdvölker gegen die Entrechtung gehört, der sie unter russischer Herrschaft ausgesetzt sind. Aber daß das Russische Reich entstanden ist durch Unterjochung und daß es sich erhält durch fortgesetzte Knebelung mehrerer anderer Völkerschaften, von denen die meisten dem herrschenden großrussischen Volk an Fähigkeiten, Bildung und Entwicklung überlegen sind, diese Erkenntnis ist noch bei weitem nicht so sehr Allgemeingut, wie man wünschen muß.

Man hat in neuerer Zeit Rußland einen Nationalitätenstaat genannt. Keine Bezeichnung könnte verkehrter sein. Wenn zum Nationalitätenstaat nichts weiter gehörte, als daß verschiedene Nationen in einem Staat vereinigt sind, dann wäre auch Rußland einer. Denn es zählt offiziell unter seinen Bewohnern nicht weniger als einige 40 Völker, und wenn man die zahlreichen kleinen finnischen, tatarischen und kaukasischen Volkssplitter als Einheiten zusammenfaßt, so kommt immer noch ein starkes Dutzend heraus. Diese Völker bilden, was man in der Regel nicht weiß, aber vor allem beachten sollte, in ihrer Gesamtheit gegenüber dem allein herrschenden Volk der Großrussen die Mehrheit. Nach der Volkszählung von 1897, der einzigen, in der man so unvorsichtig war, nach der Nationalität zu fragen, stellten die Großrussen nur 44% der Gesamtbevölkerung. Sie üben also im Reich die Herrschaft einer Minderheit aus.

Diese Herrschaft ist mit Gewalt erworben. Die Geschichte der Reichsgründung ist Eroberung, und das Russische Reich ist ein Eroberungsstaat, wie es nur je einen gegeben hat. Es geht aus vom Großfürstentum Moskau, dem geeinten Staat des großrussischen Volkes. Von diesem Mittelpunkt aus breitet es sich nach allen Richtungen hin aus, die Nachbarn unterwerfend und sich einverleibend: 1557 die Tataren an der unteren Wolga, 1667 die Ukrainer bis an den Dnjepr, 1701 bis 1710 die Finnen, Esten, Letten und Deutschen in Ingermanland, Estland und Livland, 1784 die Tataren im Süden und in der Krim, 1772—1795 die Litauer und Weißrussen, 1793 die Ukrainer westlich des Dnjepr, 1795 die Deutschen und Letten in Kurland, 1809 die Schweden und Finnländer in Finnland, 1812 die Rumänen in Beßarabien, 1815 die Polen im Königreich. Die fünfziger Jahre brachten die Unterwerfung der Kaukasusvölker (Armenier, Tscherkessen, Georgier usw.), in den siebziger und achtziger Jahren folgten die Türken in Turkestan, Buchara und Chiwa. Welches andere Reich der Welt außer dem Britischen kann sich damit messen?

Es hat Erobererstaaten gegeben, die durch Gewalt begründet, es dennoch verstanden haben, die Unterworfenen zu versöhnen und dem herrschenden Volk zu verschmelzen. Alt-Rom ist das größte Beispiel dafür. In neueren Zeiten hat England in guten Stunden Aehnliches geleistet. Man denke etwa an die Versöhnung der Buren nach 1902. In Rußland ist davon keine Rede.

Die „Fremdstämmigen“ sind dem russischen Volk noch heute ebenso fremd wie am ersten Tage, sie stehen dem russischen Staat mit Mißtrauen, Abneigung, vielfach mit offenem Haß gegenüber. Sie vergelten damit nur die gleichen Empfindungen, mit denen sie von den Großrussen von Anfang an bedacht worden sind und noch bedacht werden.

Zunächst freilich sah es meist so aus, als sollten die neuen Bürger ... Nationalität in ihrer Besonderheit anerkannt und ... werden. Die wichtigsten der Eroberungen, die Rußland gemacht hat, sind durch Verträge zu Stande gekommen. Ein Vertrag brachte die Angliederung der Ukrainer, die gegen Anerkennung ihrer heimischen Verfassung und Selbstregierung nur die Oberhoheit Moskaus anerkannten. Durch Verträge in denen ihnen für ewige Zeiten die deutsche Sprache, die evangelische Kirche, das deutsche Recht und die Selbstverwaltung zugesichert wurden, unterwarfen sich 1710 Livland und Estland, ein Vertrag bildete die Grundlage der Unterwerfung Finnlands und seiner Sonderstellung mehr neben als in dem Russischen Reich, und ein Vertrag übergab im Jahre 1815 das Königreich Polen als selbständigen Staat mit eigener Verfassung, Regierung und Armee dem russischen Kaiser. Zwei von diesen Verträgen haben völkerrechtliche Bedeutung: die Privilegien der Ostseeprovinzen sind im Nystädter Frieden 1721 von mehreren europäischen Großmächten verbürgt, die Angliederung Polens ist auf dem Wiener Kongreß von ganz Europa verfügt worden. Aber allesamt wurden sie von Rußland in Fetzen gerissen.

Diese Dinge sind zu bekannt, um sie hier noch zu erörtern. Man weiß, was aus der deutschen Sprache, der evangelischen Kirche und der Selbstverwaltung in den Ostseeprovinzen geworden ist. Man kennt die Leidensgeschichte Finnlands, die Mißhandlung Polens. Man weiß, daß auch den Ukrainern kein Wort von dem gehalten worden ist, was ihnen versprochen war. Schon Katharina II. hat ihnen (1784) den letzten Rest von Selbständigkeit genommen, ihre Nachfolger haben mit allen Mitteln danach gestrebt, die ukrainische Nationalität zu vernichten und sie zu einer bloßen Spielart der russischen herabzudrücken: während doch ein unparteiischer Beobachter, wie Mackenzie-Wallace versichert, Ukrainer und Russen seien verschiedener als Engländer und Schotten. Verträge sind nun einmal in Rußland dazu da, um gebrochen zu werden. Darum kann es auch auf alle, die etwas von den Dingen wissen, nur wie gbschtlicher Hohn wirken, wenn Rußland die vertragsmäßige Anerkennung des Nationalitätenprinzips auf seine Fahne schreibt.

Man wende nicht ein, die gewaltsame und wortbrüchige Politik gegenüber den „Fremdvölkern“ falle nur dem früheren absolutistischen Regiment zur Last, ein liberales und parlamentarisches Rußland werde auch den Nationalitäten zu ihrem Recht verhelfen. Das wird niemals geschehen, dafür bietet schon die kurze Geschichte der russischen Politik seit 1906 den Beweis. Sie zeigt, daß, je mehr man sich dort an parlamentarisches Leben gewöhnt, desto stärker die Tendenz zur Unterdrückung der „Fremdvölker“ sich geltend macht. Um die Herrschaft der großrussischen Minderheit zu behaupten, den Fremdvölkern allen Einfluß in der Duma zu nehmen, wurde der Staatsstreich 1907 in Szene gesetzt und das Wahlrecht geändert. Und weil dies der Zweck war, wurde es von der Nation verziehen. Die Duma war es, die 1908 die Aufhebung der Selbständigkeit Finnlands guthieß. Sie erfüllte damit nur, was Witte schon 1905 vorhergesagt hatte, als er dem Zaren den listigen Rat gab, von sich aus nichts gegen die finnländische Verfassung zu unternehmen: „denn wenn die Duma nationalistisch ist, wird sie noch weiter gehen“.

Die Wahrheit ist, daß Rußland den Nationalitäten nicht gerecht werden kann, weil es sie dann nicht mehr beherrschen würde. Die Russen sind eben weder nach Zahl, noch nach Fähigkeiten, Bildung und Charakter den von ihnen unterworfenen Völkern gewachsen. Die Ukrainer und Polen sind begabter, die Kaukasier energischer, die Deutschen, Letten, Esten, Finnländer sind zehnmal tüchtiger als die Russen. Gibt man ihnen Autonomie in ihrem Lande, so muß der Russe von dort **verschwinden**, und das Reich geht seiner Auflösung entgegen. Darum kann russische Herrschaft nur Gewaltherrschaft sein, die mit den Mitteln der Unterdrückung arbeitet und auf Vernichtung abzielt, Vernichtung ganzer Nationalitäten und höherer Kultur.

Dagegen gibt es nur einen Schutz: die Befreiung. Wenn es den Lloyd George und Briand Ernst wäre mit dem Grundsatz der Nationalität, dann müßten sie Rußland zwingen, den unterworfenen Völkern die Freiheit wiederzugebn. Sie müßten dann freilich auch den zweiten Schritt tun und die Befreiten gegen jeden Versuch erneuter Unterjochung schützen. Das aber könnte nur auf eine Weise geschehen: indem das Deutsche Reich ihren Schutz übernimmt. Nur im Anschluß an Deutschland können nicht nur die Deutschen in den Ostseeprovinzen, sondern auch die Finnländer, Esten, Letten, Litauer und Polen ihr Dasein retten. Deutschland könnte ihre Besonderheiten ruhig dulden und erhalten, weil sein Dasein als Großmacht nicht von der Herrschaft über andere Völker abhängt. Deutschlands Größe und Stärke liegt in der Einheit des deutschen Volkes. Es ist ein Nationalstaat und ein Bundesstaat. Der Nationalstaat kann in seinen Grenzen Ausnahmen dulden, der Bundesstaat den Gliedern freie Bewegung nach innen gewähren. Ein Erobererstaat, der auf der Herrschaft einer zahlenmäßigen und kulturellen Minderheit beruht, kann das niemals. Er wird immer mit Gewalt uniformieren wollen. „Und auf Vernichtung läufts hinaus.“ Wem es also wirklich um die Erhaltung nationalen Lebens und nationaler Kultur überall zu tun ist, der muß in diesem Kampf auf Deutschlands Seite gegen Rußland stehen.

Generalartillerie-Inspektor Generaloberst Erzherzog Leopold Salvator an der Panzerkuppel eines Werkes in Tirol.

Die glänzenden Leistungen der österreichisch-ungarischen Artillerie in diesem Weltkriege haben einmütige Anerkennung errungen. Die Leistungen dieser Waffe auf allen Kriegsschauplätzen sind hervorragend gewesen und bewähren sich überall in der ausgezeichnetsten Weise. Der Löwenanteil an dieser Entwicklung der österreichisch-ungarischen Artillerie gebührt dem Generalinspektor dieser Waffe, Generaloberst Erzherzog Leopold Salvator, der mit liebevollem Eifer, rastloser Energie und tiefem Verständnis die technische Vervollkommnung und die mustergültige Ausbildung der österreichisch-ungarischen Artillerie gefördert hat. Auf unserem Bilde sehen wir ihn an der Panzerkuppel eines Werkes in Tirol.

Das Ausland und der ungehemmte U-Boot-Krieg.

Die Ankündigung des ungehemmten U-Bootkrieges und die Erklärung der Gewässer um England, Frankreich und Italien als Kriegsgebiet haben naturgemäß im gesamten Auslande eine außerordentliche Erregung hervorgerufen. Aus allen Aeußerungen der feindlichen Presse geht klar hervor, daß die neue Kampfansage ihre Wirkung nicht verfehlt hat; wutschnaubend ob der neuen „deutschen Barbarei“ sucht sie ihre Furcht vor den kommenden Tagen der Seesperre und der wachsenden Nahrungsmittel- und Rohstoffnot zu verbergen.

Auch bei den Neutralen hat die deutsche Note tiefgehenden Eindruck hervorgerufen. Aber im großen und ganzen versucht ihre Presse, obwohl die Interessen der seefahrenden neutralen Länder einschneidend getroffen werden, einen objektiven Standpunkt einzunehmen. Dies gilt namentlich für die nordischen Reiche und Holland. Ihnen gegenüber läßt die deutsche Regierung ja auch, wie die Abänderung der Ostgrenzen des Nordsee-Sperrgebietes zugunsten Hollands und das Angebot, die Funkenstation Nauen für die Benachrichtigung ihrer auf hoher See befindlichen Schiffe zu verwenden, bewiesen hat, die größtmögliche Rücksicht obwalten.

Die Stimmung in Dänemark wird im allgemeinen als ruhig geschildert. „Politiken“ und „Sozialdemokraten“ heben hervor, daß diese letzte fürchterlichste Kriegsphase nach der Ablehnung des deutschen Friedensangebotes kommen mußte, daß sie aber kaum lange andauern könne. Viele Blätter erblicken in der Verschärfung des U-Boot-Krieges einen Gegenzug für die englische Minensperre, erwarten aber dadurch eine Abkürzung des Krieges.

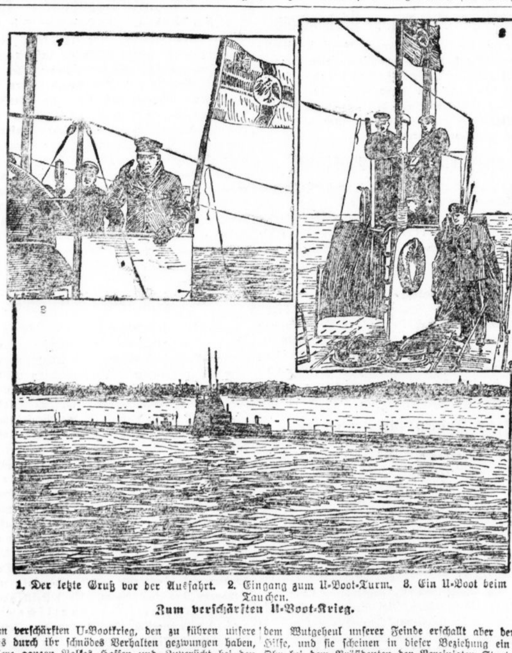
Die Haltung der schwedischen Blätter zeigt ebenfalls zum größten Teil Ruhe und Fassung, wenn auch vielfach das deutsche Vorgehen als eine Verzweiflungstat dargestellt wird. „Stockholms Dagblad“, „Tidende“ und „Dagens Nyheter“ mahnen die nordischen Reiche zur größten Kaltblütigkeit und Einigkeit; die Anordnung sei eine unabwendbare Tatsache und kein Bluff. „Dagens Nyheter“ hofft, daß für Skandinavien noch ein modus vivendi zu finden sein wird. „Afton Bladet“ ist der Ansicht, daß der rücksichtslose U-Boot-Krieg England an die Hungergrenze oder noch darüber hinaus bringen, Frankreich auf Ration setzen, Italien der bittersten Not ausliefern könne.

Auch in Norwegen, das von den neutralen Staaten infolge seiner verhältnismäßig sehr starken Reederei-Interessen durch die neuen Maßregeln am schwersten getroffen wird, hat die große Presse Haltung zu bewahren versucht. An der Börse brach keine Panik aus. „Aftonposten“ fordert zum Abwarten auf, „Morgenbladet“ hofft auf die Freilassung einer Zufahrtsstraße nach England, während allerdings „Norges Handelstidende“ den schärfsten Protest der Neutralen gegen die Völkerrechtsverletzung und den Eingriff in die Rechte des neutralen Handels verlangt. Der halbamtliche „Intelligensfedler“ schreibt, man müsse sich mit Ruhe und Fassung in die Entbehrungen und selbst die Not, die die nächste Zukunft bringen könnte, finden, wenn nur Norwegen vor dem Schlimmsten bewahrt bleibe, nämlich in den Krieg hineingezogen zu werden.

Die Beurteilung des ungehemmten U-Boot-Krieges in Holland ist im allgemeinen für Deutschland sehr ungünstig. Abgesehen von „Allgem. Handelsbl.“ und „Telegraaf“, die sich in den üblichen wüsten Schimpfereien ergehen, erklären auch sonst ruhig urteilende Blätter, wie „Nieuwe Rotterdamsche Courant“ und „Maasbode“, das Vorgehen Deutschlands als völkerrechtswidrig und abscheulich. „Nieuwe Courant“ und „Nieuws v. d. Dag“ erhoffen eine Abkürzung des Krieges. Die Folgen des verschärften U-Boot-Krieges werden verschiedenartig beurteilt, allgemein dagegen ist die Befürchtung, daß Holland dadurch vom Ueberseeverkehr und seinen Kolonien vollständig abgeschnitten werde und daß es in den Konflikt hineingezogen werden könne.

Die Ostschweizer Blätter zeigen viel Verständnis für Deutschlands Lage, dagegen schließt die westschweizerische Presse in ihrer Mehrzahl sich vollständig der französischen Auffassung an.

Die bisher aus Spanien vorliegenden Stimmen geben kein klares Bild. Die Haltung der Vereinigten Staaten von Nord-Amerika ist durch den Abbruch der diplomatischen Beziehungen gekennzeichnet, wenn auch dieser Abbruch nicht ohne weiteres den Krieg bedeutet.



1. Der letzte Gruß vor der Ausfahrt. 2. Eingang zum U-Boot-Turm. 3. Ein U-Boot beim Tauchen.

Zum verschärften U-Boot-Krieg.

Bei dem verschärften U-Bootkrieg, den zu führen unsere Feinde uns durch ihr schnödes Verhalten gezwungen haben, ruhen unsere ganzen Volkes Hoffen und Zuversicht bei den tapferen Männern, die auf unseren Tauchbooten den eisernen Gürtel um Englands Küste ziehen und auch Frankreich und Italien von jeder Zufuhr abschließen. Denn das erscheint jetzt der einzige Weg, den Krieg schnell zu beenden. Neben dem Wutgeheul unserer Feinde erschallt aber der Ruf nach Hilfe, und sie scheinen in dieser Beziehung ein mitleidiges Ohr bei dem Präsidenten der Vereinigten Staaten gefunden zu haben. Uns soll das kalt lassen, wir schreiten auf unserem Wege weiter und vertrauen den braven Blaujacken, die auf den Tauchbooten die Wacht für das Vaterland halten.

Englische Anerkennung der deutschen Ueberlegenheit im Luftkrieg.

Die „Sunday Times“ vom 14. Januar bringt einen Aufsatz von C. G. Grey über den Luftkrieg, dem wir folgende Stellen entnehmen: „Im vergangenen November wurde mit ziemlicher Bestimmtheit festgestellt, daß die Deutschen schon mindestens drei verschiedene Flugzeugtypen besaßen, die tatsächlich schneller und außerdem befähigt waren, höher zu steigen als irgendein Flugzeug bei der englischen Armee in Frankreich.

Die Moral der deutschen Flieger ist außerordentlich gestiegen. Natürlich muß es für den Führer eine Beruhigung sein, zu wissen, daß seine Maschine schnell genug ist, um seinem Gegner einfach fortfliegen zu können, wenn die eigene Munition zu Ende gegangen oder eine Ladestörung eingetreten ist. Auch muß es den Mut des deutschen Fliegers heben, zu wissen, daß er immer höher steigen kann als sein Gegner und auf diesen herunterfeuern kann. Denn dies hat die Bedeutung, daß er den Feind angreifen kann, wann und wo er will.

Ganz kürzlich hörte ich von einem britischen Kampfgeschwader auf Patrouille, das nach seinem Aufstieg vom Flugplatz zufällig auf einen neuen deutschen Albatros-Zweidecker stieß, der ruhig 5 oder 6 Meilen hinter den britischen Linien dauernd seine Kreise zog und anscheinend die Truppenbewegungen beobachtete. Die britische Patrouille, die aus 6 oder 7 Maschinen bestand, flog über ihn, da er zum Zweck der Beobachtung ziemlich tief gegangen war, und stieg dann herunter, um ihn von allen Seiten anzugreifen. Sobald der deutsche Führer die englischen Flugzeuge bemerkte, vergrößerte er seine Schnelligkeit und flog im Kreise, wobei er nach einer Oeffnung im Ring seiner Feinde suchte. Nachdem er verschiedenen englischen Flugzeugen ausgewichen war und dabei herausfand, daß er von seinen eigenen Linien abgeschnitten war, machte er einen furchtbaren Sturzflug. Er flog so schnell, daß die englischen Maschinen ihm nicht folgen konnten; in einiger Entfernung traf er auf ein anderes englisches Flugzeug, das einer zweiten Patrouillengruppe angehörte. Dieses englische Flugzeug kam ihm entgegen, um ihn anzugreifen. Zu dieser Zeit war der Deutsche seinen eigenen Linien ziemlich nah; er steuerte in direkter Linie auf diese zu, um der anderen Patrouille keine Gelegenheit zu bieten, ihn abzuschneiden. Aber er mußte ganz nahe an seinem neuen Feinde vorbei. Wer von unten dem Kampfe zusah, beobachtete, daß der Deutsche der englischen Maschine genau so geschickt auswich, wie man beim Fußballspiel an einem Gegner vorbeizukommen sucht. Als er über die deutschen Linien gekommen war, zog er das Höhensteuer und schoß wie eine Rakete nach oben. Der Führer der letzten englischen Maschine erzählt, der Deutsche habe ihn geradezu ausgelacht, als er so nahe an ihm vorbeiflog. Natürlich ist es für den englischen Flieger enttäuschend, wenn er seine Beute auf solche Weise verlieren muß.“

Deutsche Schiffe in Brasilien.

Laut „Voss. Ztg.“ liegen in brasilianischen Häfen 45 deutsche Schiffe mit 235 192 Br.-Reg.-Tonnen.

Protest von Uruguay.

(T. U.) **London**, 9. Februar. Reuter meldet aus Montevideo: Die Regierung von Uruguay hat von der deutschen Erklärung über die Verschärfung des U-Boot-Krieges Kenntnis genommen. Die Regierung beantwortete diese Erklärung mit einem kräftigen Protest.

Kriegsallerlei.

Prähistorischer Fund an der Ostfront.

Nachdem man schon seit längerer Zeit beim Ausschachten von Gräben an den Beresina-Ufern allerlei Funde aus der Eis- und Steinzeit, wie Werkzeuge, Graburnen u. a. m. gemacht hatte, entdeckte man kürzlich an anderer Stelle ein vollständig erhaltenes Gerippe vom Typus des Aurignac-Menschen: bereits ausgebildeteies Kinn langer, starker Schädel, starker Stirn- und Nackenwulst, vorstehende Kiefer mit kräftigen Kinnbacken und flachen Mahlzähnen. Der Tote lag auf dem Rücken, der linke Arm an der Seite gestreckt, der rechte auf die Brust gelegt, das Gesicht gegen Osten; als Beigabe eine Art beilförmigen Faustkeils. Dieser außerordentlich wichtige Fund sowie die vielen kleinen Gegenstände, die man bisher schon ausgegraben hat, lassen vermuten, daß die Ufer der Beresina noch voll von solchen ungehobenen Schätzen sind, und es ist zu hoffen, daß diese Gegend noch einmal der Lieblingsaufenthalt prähistorischer Forscher wird. Die werden dann in friedlicher Tätigkeit das Werk fortsetzen, das unsere Soldaten bei ihrer kriegerischen Arbeit, gewissermaßen nebenbei, begonnen hatten.

Aufenthaltsscheine Ob. Ost.

Nach einer soeben veröffentlichten und sofort in Kraft tretenden Verordnung des Oberbefehlshabers Ost bedarf jeder Staatsangehörige des Deutschen Reiches sowie verbündeter oder neutraler Staaten der dauernden, d. h. einen über 28 Tage hinausgehenden Aufenthalt in dem Verwaltungsgebiet Ob. Ost und dem diesem vorgelagerten Operationsgebiet nimmt oder in ihm ortsansässig ist, eines von der Verkehrspolitischen Abteilung des Oberbefehlshabers Ost ausgestellten Aufenthaltsscheines Ob. Ost. Für einen Aufenthalt von weniger als 28 Tagen genügt der Durchreiseschein Ob. Ost. Eines Aufenthaltsscheines bedürfen nicht die deutschen Heeresangehörigen einschließlich der Mitglieder der freiwilligen Krankenpflege (jedoch ausschließlich des Personals von Soldatenheimen), ferner die Beamten der Etappen-Verwaltungen in Uniform und schließlich die russischen Landeseinwohner. Für diese gilt der vorgeschriebene Ob. Ost-Paß. Die Aufenthaltsscheine werden in der Regel für die Dauer des laufenden Halbjahres, in dem sie beantragt werden, ausgestellt. Die Verlängerung kann für ein weiteres halbes Jahr erfolgen. Sie ist rechtzeitig, d. h. in der Regel spätestens 14 Tage vor Ablauf der Gültigkeitsdauer, durch die zuständige Behörde bei der Verkehrspolitischen Abteilung des Oberbefehlshabers Ost zu beantragen. Für Reisen in dem Verwaltungsgebiet Ob. Ost und dem diesem vorgelagerten Operationsgebiet gelten die besonderen Bestimmungen des Oberbefehlshabers Ost über den Reiseverkehr. Die Neuausstellung der Aufenthaltsscheine erfolgt nur durch die Verkehrspolitische Abteilung des Oberbefehlshabers Ost gegen eine Gebühr von 1 Mark für das erste und von 50 Pfennigen für jedes weitere Familienmitglied. Die Verlängerung **erfolgt** gebührenfrei.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-853278-191702107/fragment/page=0002
DFG